

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt heute unter dem Vorsitze seines Obmannes Oberkurator Leopold von Steiner eine Sitzung ab. Zu Beginn derselben gelangten die von Seite des tschechischen Abgeordneten Kalina in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. September vorgebrachten Bemerkungen, dassunter anderem die „Herren vom Wiener Rathause“ den Krieg wollten, zur Sprache und gelangte folgende Erklärung zur einmütigen Annahme.

Kalina übersieht dabei mit Absicht, dass die christlich-soziale Partei niemals eine aggressive Politik verfolgt hat und jederzeit für eine Versöhnung der Völker eingetreten ist. Es darf darauf hingewiesen werden, dass gerade unter Führung des Wiener Bürgermeisters zu wiederholten Malen dem verewigten Kaiser durch die Wiener Bevölkerung herzlichste Ovationen dafür dargebracht worden sind, dass er den Krieg, als er schon früher des Oeffteren auszubrechen drohte, zu vermeiden wusste.

Tatsache ~~ist~~ freilich ist, dass die Wiener Bevölkerung von dem Augenblicke an, als der Krieg durch die Eroberungslust unserer Feinde ins Land getragen worden war, ohne Ausnahme zur Verteidigung des Vaterlandes bereit war und dass sowohl jene, welche ins Feld zogen, als jene, welche daheim zurückgeblieben sind, hellenmütig ausharrten, um in ehrenvoller Weise den uns aufgezwungenen Kampf zu bestehen.

Es ist daher eine grobe Unwahrheit, dass der Krieg von den Führern der Wiener Bevölkerung gewollt worden ist, ebenso wahr ist es aber auch, dass wir dem Vaterlande wie im Frieden, so auch im Kriege stets die Treue bewahrt haben.

Mit Entrüstung weist der Bürgerklub die Aeußerung des Abgeordneten Kalina zurück und gibt bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, dass alle Völker unseres Vaterlandes demselben die Treue bewahren, damit die Eroberungslust d. des feindlichen Auslandes in Zukunft nicht durch die Hoffnung auf den Abfall von Teilen unserer Monarchie genährt werde.

Hierauf wurden die Beratungsgegenstände der nächsten Gemeinderatssitzung, darunter eine Subventionserhöhung für die Wiener Urania und die von der Regierung geforderten weitgehenden Steuererhöhungen nach eingehender Erörterung zur Beschlussfassung gebracht.